

<b>Zeitschrift:</b>	Schaffhauser Beiträge zur Geschichte
<b>Herausgeber:</b>	Historischer Verein des Kantons Schaffhausen
<b>Band:</b>	90 (2018)
<b>Artikel:</b>	Vom Klassenkampf zur Recherche : hundert Jahre Schaffhauser Arbeiter-Zeitung, 1918-2018
<b>Autor:</b>	Knoepfli, Adrian
<b>Kapitel:</b>	1930-1945 : Kampf gegen Nazis und die Zensur
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-841605">https://doi.org/10.5169/seals-841605</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 29.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## 4 1930–1945: Kampf gegen Nazis und die Zensur

Mit der Ablösung von der Komintern im Herbst 1930 war auch inhaltlich eine Neuausrichtung der AZ verbunden. Es erfolgte eine Hinwendung zum Lokalgeschehen. Die AZ-Verantwortlichen begannen, so Bernhard Ott, «gezielt wie noch nie in der Geschichte der Schaffhauser Arbeiterbewegung ihr Presseorgan in den Dienst der politischen und sozialen Anliegen der Arbeiterschaft, wenn nicht sogar der gesamten kritischen Bürgerschaft, zu stellen». Und weiter: «Die AZ erreichte ihre grösste Bedeutung allerdings erst in den Jahren 1930–1932, als sie ganz im Boulevardstil des heutigen [1978] Grätsanzeigers *«Schaffhauser Bock»* Unregelmässigkeiten in der Stadtverwaltung aufdeckte und Bringolf damit den Weg ins Stadtpräsidium ebnete.»<sup>105</sup> Die AZ sei bei der Enthüllung immer an vorderster Front gewesen. «Sie deckte auf, fragte unerbittlich, überführte – alles natürlich in reisserischer Aufmachung und auf politische Sensation getrimmt. Immer wieder hämmerte sie ihren Lesern ein: *«Der Schweinestall an der Stadthausgasse muss ausgemistet, das Stadthaus muss ausgekehrt werden.»*»<sup>106</sup> Für die Skandale (zum Beispiel Kostenüberschreitung beim Gelbhausgarten-Schulhaus) geradestehen mussten bürgerliche und SP-Stadträte.<sup>107</sup>

Die KPO und die AZ thematisierten im Wahljahr 1931 aber nicht nur die Probleme in Stadtrat und Verwaltung, sondern auch die Abtreibungsfrage und die Steuergerechtigkeit. Im Winter 1931 wollte der Bildungsausschuss des Gewerkschaftskartells in der Stadt zum Thema Abtreibung den Film «Frauennot und Frauenglück» zeigen. Der Regierungsrat erwies den Veranstaltern den Gefallen, den Film zu verbieten, worauf diese über den Rhein in den «Adler» nach Feuertahlen auswichen, wo sie «den Streifen bei grösstem Zulauf des Publikums vorführten». Die AZ berichtete über den Film und das einleitende Referat des linken Zürcher Arztes Fritz Brupbacher,<sup>108</sup> veröffentlichte auch «mehrere Einsendungen zur Frauenfrage und zur Abtreibungsproblematik und forderte die Filmbesucher auf, einen vorbereiteten Protestcoupon an die Adresse der Schaffhauser Regierung zu unterzeichnen». Was beachtliche 1800 Personen taten. Im Juli 1931 lancierte die KPO eine Motion im Grossen Rat, die in bestimmten Fällen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs verlangte. Deren Ablehnung durch die bürgerliche Ratsmehrheit erschien wiederum an prominenter Stelle in der AZ «und wurde agitatorisch geschickt ausgewertet».<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> Ott (1978), S. 80.

<sup>106</sup> Ott (1978), S. 143.

<sup>107</sup> 1931 war die sonst marginale SP im Stadtrat mit Paul Strub und Emil Meyer vertreten. Bei den Neuwahlen von 1932 verzichtete Meyer auf eine Kandidatur, Strub wurde abgewählt. Joos (1975), S. 446 f.

<sup>108</sup> AZ, 20. 1. 1931.

<sup>109</sup> Ott (1978), S. 138.

Im Zusammenhang mit einer im Mai 1931 gestarteten Steuerinitiative, welche eine stärkere Progression und die Entlastung der unteren Einkommen verlangte, publizierte die AZ unter den Titeln «Der König von Schaffhausen» (GF-Generaldirektor Ernst Homberger) und «Der Hofstaat des Königs von Schaffhausen» die Namen der reichsten Schaffhauser mit Einkommen und Vermögen, «mit dem Resultat, dass die Zeitung Ausgabe für Ausgabe vergriffen war».<sup>110</sup> Weiter rückte die KPO zwei Gruppen in ihren Fokus, die von der Krise besonders betroffen waren: Arbeitslose und Mieter.<sup>111</sup>

## Demonstrationen und ein Hilfsfonds

All das bedeutete aber nicht, dass man vom schweizerischen und internationalen Geschehen Abschied genommen hätte, im Gegenteil: In den 1930er-Jahren konnte sich die AZ wie die KPO im Kampf gegen Fronten und Nationalsozialismus profilieren – und auch exponieren. Einen Monat nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler am 30. Januar 1933 wurde in Schaffhausen eine erste Kundgebung organisiert,<sup>112</sup> und weitere Demonstrationen und Veranstaltungen folgten. Zudem wurde ein Hilfsfonds für Hitler-Opfer in Deutschland ins Leben gerufen. Während die Linke von Anfang an eine kompromisslose Haltung einnahm, schwankte das Bürgertum, nicht nur in Schaffhausen. Gerade auch vielen Unternehmern war nicht unsympathisch, dass Hitler mit dem Bolschewismus radikal aufräumte.

Mit dem Steiner «Grenzboten», der ab April 1933 als Frontistenorgan fungierte, lieferte sich die AZ einen erbitterten Pressekrieg. Bei der ersten Frontistenkundgebung am 12. April 1933 kam es zu harten Auseinandersetzungen. Während die AZ wie erwähnt immer klar Position bezog, lobte das «Schaffhauser Intelligenzblatt» das Referat, das Rolf Henne (1901–1966) an der Kundgebung hielt, als «eine beherzte Absage an die politischen und wirtschaftlichen Missstände unserer Zeit», als «ein von ehrlichem, ernstem Verantwortungsbewusstsein getragenes vaterländisches Bekenntnis zu einer fortschrittlichen, sozialen Demokratie, in der das Volk eine wahre Gemeinschaft darstellt».<sup>113</sup> Im gleichen Jahr ersuchten sämtliche bürgerlichen Parteien Henne, der 1934 Landesführer der Nationalen Front wurde, in Schaffhausen die 1.-August-Rede zu halten. Im September kandidierte Henne für den Ständerat. Angesichts der rasanten Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland befand das «Schaffhauser Intelligenzblatt», das sei zwar nicht in Ordnung, aber die Bolschewisten hätten in Russland derart unerhörte Verbrechen gegen die Menschheit auf ihrem Gewis-

---

<sup>110</sup> Ott (1978), S. 139; AZ, 10. 10. und 14. 10. 1931.

<sup>111</sup> Ott (1978), S. 140 f.

<sup>112</sup> AZ, 7. 3. 1933.

<sup>113</sup> SI, 13. 4. 1933.

### Max Wullschleger: Nach Schaffhausen delegiert

«Von der Leitung der Jugendgruppe wurde der Wunsch geäussert, ich sollte nach Schaffhausen gehen, weil dort durch die Spaltung die Kommunistische Jugend praktisch nicht mehr bestand», schreibt Max Wullschleger (1910–2004) in seinen Erinnerungen. «Partei und Jugend befanden sich in einem beklagenswerten Zustand, denn die grosse Mehrheit der Schaffhauser Arbeiterschaft stand hinter Bringolfs «KP-Opposition». Zudem verfügte diese über die «Arbeiterzeitung», die stark verbreitet war, während der «Vorwärts» nur noch über ca. Hundert Abonnenten verfügte. Über die bedenkliche Situation half auch der kleine Trost nicht hinweg, dass es der SP nicht besser ging, denn diese führte ebenfalls ein politisches Sektiererdasein.» Im Mai 1930 hatte die AZ 3007 Abonnenten, die SP-Zeitung «Tagwacht» deren 1157. Wullschleger fand eine Stelle als Dreher bei der SIG und entfaltete bald umfangreiche Aktivitäten, vor allem in der Arbeitslosenbewegung, zusammen mit Bringolf bis zu dessen Wahl zum Stadtpräsidenten. Die Schaffhauser KP konnte er trotzdem nicht retten. Ab 1933 war Wullschleger Redaktor beim Basler «Vorwärts». Er stieg ins Politbüro der KP auf, wurde 1939 ausgeschlossen und trat 1940 in die SP ein. 1943 wurde Wullschleger Chefredaktor der «Basler Arbeiter-Zeitung», 1956–1976 war er baselstädtischer Regierungsrat. Sein politischer Werdegang war demjenigen von Bringolf nicht unähnlich. (Wullschleger [1989], S. 40; Ott [1978], S. 116; Gartmann, Seraina/Pagotto-Uebelhart, Jan: Wullschleger, Max, Historisches Lexikon der Schweiz, e-HLS, 17. 11. 2015.)

sen, «dass sie für das Richter- bzw. für das Schulmeisteramt jedenfalls gar keine Eignung besitzen». <sup>114</sup>

Für die Linke und die AZ stand die Gefahr des Faschismus, neben der wirtschaftlichen Krise, während der ganzen 1930er-Jahre im Zentrum. Die Nachrichten von der spanischen Bürgerkriegsfront figurierten immer auf der Frontseite der AZ, die auch regelmässige, vom späteren italienischen Staatspräsidenten Pietro Nenni verfasste Korrespondentenberichte veröffentlichte. An Versammlungen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) – so hiess die Partei nach dem Zusammenschluss von KPO und SP 1935 – «wurde häufig Geld für humanitäre Zwecke auf der republikanischen Seite gesammelt». Nach Hitlers Einmarsch in Österreich organisierte man sofort eine Demonstration auf dem «Platz», an der die Redner Paul Schmid-Ammann von der Bauernpartei und Walther Bringolf den

<sup>114</sup> SI, 12. 4. 1933.



27 Grossaufmarsch am 1. Mai 1934.

Bundesrat für seine passive Haltung tadelten. Die Annäherung von Bauernpartei und SAP war weitgehend das Verdienst von Paul Schmid-Ammann, der später zur SP wechselte und in Zürich Chefredaktor des «Volksrechts» wurde. Immer wieder verlangte die Linke Massnahmen gegen Faschisten in der Schweiz.<sup>115</sup>

## Unter Druck wieder vereint

Es war vor allem der äussere Druck, der schliesslich, nach mehreren erfolglosen Anläufen, 1935 zum Zusammenschluss von KPO und SP führte und so auch die Basis für die AZ wieder verbreiterte. Damit war Schaffhausen zur schweizerischen Normalität zurückgekehrt, mit zwei Ausnahmen: Während die Kommunisten in Zürich und Basel nach wie vor eine gewisse Bedeutung hatten, verschwanden sie in Schaffhausen praktisch von der Bildfläche. Und die neue Partei nannte sich nicht Sozialdemokratische Partei, sondern Sozialistische Arbeiterpartei (SAP).<sup>116</sup> Irgendwie fiel der Abschied von der kommunistischen Vergangenheit doch nicht ganz leicht, und man wollte wohl auch dokumentieren, dass man sich am linken Flügel der SP positioniert sah.

Den schnellen Wandel dieser Jahre verdeutlicht am besten die Entwicklung von Walther Bringolf. Hatte er 1930 noch für ein Verbleiben im Schosse der Komintern plädiert, so war er am Ende seiner ersten Amtszeit als Stadtpräsident, 1936, Präsident der Sozialistischen Arbeiterpartei Schaffhausen, Mitglied der Geschäftsleitung der SPS und ein vehemente Befürworter der Landesverteidigung. Giftig befeindet hatten sich die beiden Parteien bis zuletzt. So hatte die KPO die Sozialdemokraten im Kantonsratswahlkampf 1932 zu reinen Handlangern des Freisinns bei der Bekämpfung der Steuerinitiative der KPO, beim Lohnabbau und bei der Erhöhung der Beiträge an die kantonale Arbeitslosenkasse gestempelt. «Ihnen und ihren Kandidaten: Keine Stimme!», schloss der Aufruf in der AZ.<sup>117</sup>

Und der 1932 aus dem Stadtrat abgewählte SP-Vertreter Paul Strub schrieb in seiner Eigenschaft als Kassier der Sozialdemokratischen Pressegenossenschaft Schaffhausen an die Genossenschaftsdruckerei Zürich: «Ich möchte Sie dringend bitten, jedweden telephonischen Aufruf der No. 916 Schaffhausen (Stadtrat Strub, Fürsorgereferat Schaffhausen) zu unterlassen. – Ab heute werde ich mein Amt als Stadtrat und Fürsorgereferent infolge meiner Wegwahl nicht mehr ausüben können, also auch nicht mehr mein Bureau dort haben. Vielmehr wird Stadtrat Erb, welcher der Kommunist-Opposition angehört und unsere polit. Gegner sind, dort zu treffen. Sie werden gewiss verstehen, dass es äusserst peinlich für unsere Partei wäre, wenn durch irrtümliches Anläuten in Bezug auf unsere Verhältnisse etwas an die falsche Adresse gelangen würde. Ich traue es

---

115 Ott (1978), S. 165 f.

116 Parteitagsbericht AZ, 8. 7. und 9. 7. 1935.

117 AZ, 28. 10. 1932.

### «Das Gras wachsen hören»

Auch nach der Wiedervereinigung von KPO und SP blieben sich AZ und «Schaffhauser Intelligenzblatt» nichts schuldig. Unter dem Titel «Journalistischer Unsinn» schrieb das «Intelligenzblatt» Ende Oktober 1936: «Die Redaktoren der *Arbeiterzeitung* zählen zu jenen Leuten, die das Gras wachsen hören. Sie erleben Dinge, die nie geschehen. Sie berichten von Ereignissen, die sich nie zugetragen haben. Sie veröffentlichen ihren Schwindel, weil sie damit irgend einen politischen Gegner treffen wollen. Denn es ist Leitmotiv der sozialistischen Journalistik: Anpöbeln, angeifern, es bleibt sicher etwas hängen.» Den Zorn von Redaktor Ernst Uhlmann erweckt hatte ein Text von Georg (Görgeli) Leu über «Krach beim Freisinn». (SI, 31. 10. 1936)

dem Stadtrat Erb ohne weiteres zu, dass er eventl. sich auch am Telephon je nach Sachlage als Stadtrat Strub ausgeben würde, um etwas zu erfahren.»<sup>118</sup> Strub hatte wohl Angst davor, dass etwas über die finanziellen Probleme der Pressegenossenschaft der SP an die Öffentlichkeit dringen könnte.

### «Braune Bestie» nicht erlaubt

Dass die AZ beim Kampf gegen den Faschismus – und dies schon Jahre vor Kriegsausbruch – immer wieder mit den Zensurbehörden in Konflikt geriet, versteht sich angesichts der duckmäuserischen Politik des Bundesrates von selbst. Bundesrätliche Post erhielt die AZ zum Beispiel Ende Mai 1938. Sie habe in ihrer Ausgabe vom 23. Mai – die Annexion des Sudetenlandes lag in der Luft – auf ihrer Titelseite über dem Leitartikel die Schlagzeile «Die braune Bestie setzt zum Sprung auf die Tschechoslowakei an» veröffentlicht und im Artikel selbst den Ausdruck «nationalsozialistische Weltbrandstifter» verwendet, schrieb Bundeskanzler George Bovet. «Die angeführten Äusserungen bilden im Hinblick auf ihren beleidigenden Inhalt und mit Rücksicht auf die gegenwärtigen internationalen Spannungen eine besonders schwere Ausschreitung, die geeignet ist, die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland zu gefährden.» Bereits am 23. März habe die AZ den Ausdruck «nationalsozialistische Reichtagsbrandstiftermethoden» gebraucht. Man habe damals von einer Verwarnung abgesehen in der Meinung, es handle sich um ein einmaliges Vorkommnis. Die neuste Entgleisung, «die auch in weiten Kreisen der schweizerischen Bevölkerung des Kantons

<sup>118</sup> Stadtarchiv Schaffhausen, D IV 01.08 21-003, Brief Hans Strub an Genossenschaftsdruckerei Zürich, 31. 12. 1932.

Schaffhausen Empörung hervorgerufen hat», sei umso schwerwiegender, als die vor kurzem erfolgte Verwarnung der «Berner Tagwacht» der AZ hätte Veranlassung geben müssen, sich in ihrer Ausdrucksweise zu mässigen. Der Bundesrat erteilte der AZ eine Verwarnung unter Androhung der Einstellung auf bestimmte Zeit bei Nichtbefolgung.<sup>119</sup>

Im Februar 1940 drohte die Pressekontrolle des Territorialkommandos 6 der AZ mit dem Antrag auf Verhängung der Vorzensur für den Fall, «dass Sie sich wieder Verstösse vom Standpunkt der Wahrung der Neutralität zuschulden kommen lassen werden». Lektor im Dienste des Armeestabs war der frühere freisinnige Schaffhauser Stadtpräsident Heinrich Pletscher.<sup>120</sup>

«Engagiert gegen die Fröntler» ist ein Kapitel der Festschrift «Hundert-fünfzig Jahre Schaffhauser Nachrichten» überschrieben. Damit wird zumindest im Titel der Eindruck erweckt, die «Schaffhauser Nachrichten» (damals noch «Schaffhauser Intelligenzblatt») hätten sich im Kampf gegen die neuen Strömungen besonders hervorgetan. Das entspricht nicht den Tatsachen. Nach der Machtergreifung Hitlers giftelte die Zeitung am 31. März 1933: «Das Volk hat genug. Um ihr Agitationsbedürfnis zu stillen, hat die kommunistische Partei-Opposition ihre Redner in zahlreiche Gemeinden unseres Kantons geschickt, um Lärm zu schlagen gegen die «Hitler-Diktatur» und um gleichzeitig dem Kommunismus neue Freunde zu werben. In der «Arbeiterzeitung» wurde laut und eifrig die Werbetrommel für diese Veranstaltungen gerührt. Aber das Volk blieb aus.» Und bei der erwähnten Verwarnung der AZ aus dem Jahr 1938 schrieb auch das «Schaffhauser Intelligenzblatt», die Formulierung der Bundeskanzlei übernehmend, der inkriminierte Titel habe in «weiten Kreisen berechtigtes Missfallen erregt». Wobei diese weiten Kreise wohl schlicht eine Behauptung waren. Man dürfe kritisieren, aber das in einer Form, «die wirklich geistiger Wehr würdig ist und keine unnötigen Komplikationen heraufbeschwört».<sup>121</sup> Und es waren nicht die Bürgerlichen, die nach der Besetzung Böhmens eine Demonstration veranstalteten. 1940 lautete der Wahlslogan der SAP: «Nid apasse – uffpasse! Nid chrüüche – senkrecht stoh!» Das «Schaffhauser Intelligenzblatt» bekundete lange viel Verständnis für die Fröntler, die anfänglich überwiegend aus dem Bürgertum beziehungsweise der FDP kamen. Und später plädierte man dafür, das Engagement bei den Fronten als Jugendsünde nachzusehen.

<sup>119</sup> Stadtarchiv Schaffhausen, G 00.33 Sozialdemokratische Partei der Stadt Schaffhausen, Preszensur Akten 1938–1945, Schreiben Bundesrat an AZ, 27. 5. 1938.

<sup>120</sup> Stadtarchiv Schaffhausen, G 00.33 Sozialdemokratische Partei der Stadt Schaffhausen, Preszensur Akten 1938–1945, Schreiben Pressechef Territorialkommando 6 an AZ, 8. 2. 1940.

<sup>121</sup> SI, 28. 5. 1938.

## Schib, Ebner und Zopfi klagen gegen Leu

Der Kampf gegen Nationalsozialismus und Anpasser führte 1941, quasi als Kulminationspunkt, zum wohl bekanntesten Presseprozess der AZ, und sie hatte deren nicht wenige. Die inkriminierte Passage in einem Artikel von Georg Leu lautete: «Aber allen Anfeindungen und Verlockungen, allem Terror zum Trotz bleiben die Norweger standhaft und lehnen jede ‹Anpassung› an die von den deutschen Besatzungstruppen unterstützte Nazibewegung ab. Wahrlich eine bewundernswerte Haltung! Wie erbärmlich ist es da mit jenen schweizerischen Patentdemokraten bestellt, die sich bereits heute offen oder versteckt angepasst haben. Wir denken dabei an unsere Schaffhauser Allerweltskerle Schib, Ebner und Zopfi. Möge unser Volk aus der Haltung der Norweger jene Lehren ziehen, die einem freien Volke würdig sind! Möge es wie das norwegische Volk den Kampf gegen alle Defaitisten und ‹Anpasser› hart, unerbittlich und entschlossen weiterführen. Nur ein Volk, das standhaft bleibt, wird diese folgenschweren Zeiten überstehen.»<sup>122</sup>

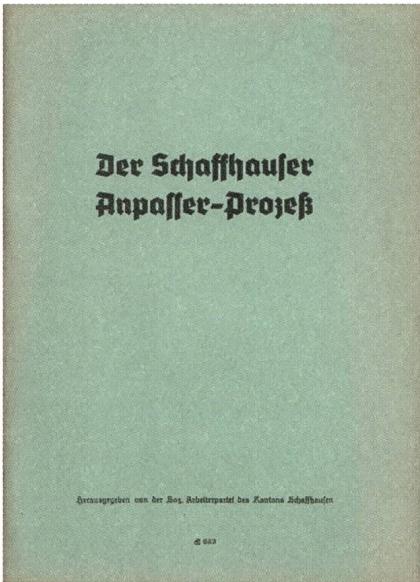
Der Historiker und Kantonsschullehrer Karl Schib (1896–1984), Präsident der FDP, der Anwalt und CVP-Politiker Josef Ebner (1886–1962) sowie Hans Zopfi (1891–1964), Sekretär des Bauernverbandes, klagten, und die «Schaffhauser Nachrichten» schlügen zwei Tage nach Leus Artikel zurück. Unter dem Titel «Trostlose Journalistik» schrieben sie: «Seitdem die bürgerliche Mehrheit des Grossen Stadtrates dem hinten herum in den Ratssaal gelangten Georg Leu die Wahl zum Vizepräsidenten verwehrt hat, ist die Redaktion der ‹Arbeiterzeitung› aus dem seelischen und geistigen Gleichgewicht geraten.» «Hinten herum», weil die SAP Leu, der abgewählt worden war, durch einen Rücktritt nachrücken liess. Seit Beginn der neuen Legislatur gefalle sich die AZ «in der persönlichen Verunglimpfung der politischen Gegner und in einer Gehässigkeit, die an die heftigsten Zeiten der kommunistischen Vergangenheit der heutigen Sozialisten erinnert». Darauf könne man nur mit dem Gang zum Richter antworten.<sup>123</sup>

Das Bezirksgericht Schaffhausen verurteilte Leu – in drei separaten Urteilen – wegen Verleumdung zu zweimal fünf Tagen Gefängnis und 100 Franken Busse. Unter dem genüsslichen Titel «Ein Verleumder erhält seine verdiente Strafe» referierten die «Schaffhauser Nachrichten» episch die Erwägungen des Gerichts im Falle Schib. Einmal mehr sei «durch Richterspruch die Schreibweise des Herrn Georg Leu gebührend charakterisiert worden», und das Urteil werde «in weiten Volkskreisen Befriedigung auslösen».<sup>124</sup> Leu, verteidigt vom bekannten Anwalt und St. Galler SP-Nationalrat Johannes Huber (1879–1948), zog die Urteile an die nächste Instanz weiter. Auch das Obergericht verurteilte Leu, allerdings nur noch wegen Beschimpfung, und es strich die Gefängnisstrafe. In finanzieller Hinsicht (Busse, Genugtuungen, Verfahrenskosten, Prozessentschädigungen) blieb das Urteil aber unverändert hart. Die SAP publizierte zum Prozess eine siebzigseitige,

<sup>122</sup> AZ, 14. 1. 1941; Staufer, Heinz: Ein Nebensatz, der 2000 Franken kostete, AZ, 30. 11. 1988.

<sup>123</sup> SN, 16. 1. 1941.

<sup>124</sup> SN, 17. 6. 1941.



28 Zum Anpasserprozess veröffentlichte die SAP eine umfangreiche Broschüre.

langatmige Broschüre – im offensichtlich noch ungebrochenen Glauben an die Aufklärung durch das geschriebene Wort. Der Vorwurf der SAP ging dahin, das Lager der Kläger wolle die AZ finanziell ruinieren. Das werde ihnen aber nicht gelingen, sondern sie würden an der Solidarität zerschellen. Hans Zopfi hat später in seinen Erinnerungen ausführlich und gnadenlos mit Bringolf abgerechnet.<sup>125</sup> Liest man im Übrigen, was Zopfi in diesen Jahren im «Schaffhauser Bauern» schrieb, wundert man sich, dass er dies unbehelligt tun konnte, während linke und liberale Zeitungen ständig von der Zensur bedroht waren.

Georg Leu war eine Figur, die polarisierte. 1947 wurde er in den Regierungsrat gewählt, obwohl er 1941 auch einen Prozess gegen Stadtrat Emil Schalch (FDP) verloren hatte und selbst innerhalb der SAP nicht unbestritten war. Theodor Scherrer, SAP-Regierungsrat von 1939 bis 1946, griff seinen Nachfolger 1948 in zwei anonymen Inseraten öffentlich an, worauf er aus der Partei ausgeschlossen wurde.<sup>126</sup> 1960, als die SAP ihren zweiten Sitz im Regierungsrat verlor, wurde der Bisherige Georg Leu abgewählt, während sein neu kandidierender Parteikollege Erwin Hofer das Rennen machte.

In seinem Nachruf auf Georg Leu würdigte Redaktor und Nationalrat Erwin Waldvogel, ein prominenter Freisinniger, in den «Schaffhauser Nachrichten» dessen journalistische Leistungen im Krieg: «Als Leistung des Journalisten Georg Leu ist aber seine Berichterstattung in der <AZ> während des Zweiten Weltkrieges aus Deutschland festzuhalten, selbst wenn Beschaffung und Herkunft dieser Nachrichten, von Flüchtlingen und aus dem Gefängnis, etwa wegen der Bevorzugung eines Journalisten, nicht über alle Zweifel erhaben waren. An Samstagen erschienen in der <AZ> auf der Frontseite, mit der Zeit auch aus anderen Quellen, Berichte und Betrachtungen über die Lage in Nazi-Deutschland, die weithin Interesse und Beachtung fanden; die

<sup>125</sup> Soz. Arbeiterpartei (1941); Zopfi (1954).

<sup>126</sup> Wipf, Matthias: Scherrer, Theodor, in: Historisches Lexikon der Schweiz, e-HLS, 25. 7. 2011.

Samstag-Ausgabe der *«AZ»* war damals ein begehrtes *«Grenz-Papier»*, das nicht wenige Male auch im britischen Rundfunk zitiert wurde. Im *«Eigengebrauch»* hatte der Redaktor Leu damals seine Sprache seiner ersten Journalisten-Jahre weitgehend beibehalten, welche ihm Prozesse und etliche Verwarnungen seitens der Presseüberwachung in Bern eintrug, die zwar oft zimperlich war, aber dennoch darauf zu achten hatte, wo Wortwahl und Texte die Weckung und Erhaltung des Widerstandswillens durch die Zeitungen, diesen sehr legitimen Zweck, überstiegen. Im Rückblick aber bietet sich jene Grenzland- und Deutschland-Berichterstattung als eine über Jahrzehnte hinweg bemerkenswerte journalistische Leistung dar.»<sup>127</sup>

## «Freisinnige Dreckschleuder»

Die SAP hatte wohl gehofft, für ihre konsequente Haltung gegenüber Nationalsozialismus und Faschismus belohnt zu werden. Das war aber zunächst nicht der Fall, indem das Paradepferd Bringolf 1943 die Ständeratswahl gegen GF-Generaldirektor Julius Bührer (FDP) verlor. 1936 hatte man, nach der Wiedervereinigung, bei den Wahlen des Grossen Stadtrats und des Kantonsrats einen grossen Sieg gefeiert, vier Jahre später eine Niederlage erlitten. Die Ernte kam 1944, als die SAP bei den Kantonsratswahlen massiv zulegte und im Grossen Stadtrat für vier Jahre die absolute Mehrheit zurückholte. Vier weitere Jahre später folgte die Ernüchterung: Das gewonnene Terrain ging wieder verloren. Der kalte Krieg, der bei den Bürgern die Angst vor den Oststaaten schürte, begann zu wirken. Erfolge konnten die alten Kämpfer aus der Zeit von KP und KPO auf der persönlichen Ebene verbuchen: Sowohl Hermann Schlatter als auch Heinrich Schöttli und Ernst Illi, von 1944 bis 1968 Gemeindepräsident von Neuhausen, wurden im Laufe der Jahre Oberrichter.

Der Wahlkampf von 1948 wurde nochmals im alten Stile ausgetragen, wobei man in Sachen Polemik wieder zu Höchstform auflief. «Die freisinnige Dreckschleuder», war ein Artikel vom 15. Oktober überschrieben, und er befasste sich mit Inseraten in den *«Schaffhauser Nachrichten»*, die behaupteten, der frühere AZ-Redaktor und jetzige Polizeidirektor Georg Leu habe «der *«Arbeiterzeitung»* verboten, über Missstimmigkeiten usw. im kantonalen Polizeikorps irgend etwas zu schreiben». Diese Behauptung sei «von Anfang bis Ende erlogen». Interessant ist die Auseinandersetzung wegen der nachfolgenden Grundsatzklärung der Redaktion: «Einmal hat Polizeidirektor Leu zu keiner Zeit auch nur den Versuch unternommen, der Redaktion der *«AZ»* eine derartige Zumutung zu stellen. Zum andern wäre auch die Redaktion der *«AZ»*, wenn ein solches Ansinnen schon gestellt worden wäre, gar nicht darauf eingetreten. Denn bei der *«AZ»* spielen, im Gegensatz zu den *«Schaffhauser Nachrichten»*, persönliche Wünsche oder Rücksichtnahmen keine Rolle, wenn dadurch die Interessen der Öffentlichkeit

---

<sup>127</sup> SN, 5. 12. 1974; Nachruf AZ, 2. 12. 1974.

verletzt würden.» Eine hehre Aussage, an der man, wenn man die Protokolle der Diskussionen im Vorstand der Pressunion und im Verwaltungsrat der Unionsdruckerei liest, so seine Zweifel hat. Im kritisierten Inserat wurde weiter behauptet, «dass Genosse Leu zu seinem Privatvergnügen im staatlichen Auto herumfahre». Auch das bezeichnete die AZ als haltlos und fand es sehr merkwürdig, «dass vorher niemand von übertriebenen Autospesen etwas wissen wollte, als gewisse Herren, die heute solche Sprüche klopfen, selber jede Gelegenheit benützten, um auf Staatskosten in der Welt herumzuzigeunern». Freundlichkeitkeiten des Wahlkampfs eben.

«Wir haben in der heutigen Zeit der Entscheidungen wahrhaftig Gescheiteres zu tun, als uns mit politischen Brunnenvergiftern, die ihren Hass gegen Links in persönlichen Anrempelungen abzureagieren glauben müssen, herumzuschlagen», hiess es in derselben Nummer der AZ in einem Wahlauftruf. Im Sinne der «geschlossenen Front des werktätigen Volkes» empfahl man neben den SAP-Kandidaten Georg Leu und Theo Wanner auch die «Vertreter der Bauernschaft» (Ernst Lieb und Karl Waldvogel) zur Wahl. Damit knüpfte man an die Allianz zwischen SAP und Bauernpartei an, die in den 1930er-Jahren zustande gekommen war. Es ging der AZ beziehungsweise der SAP darum, aufzuzeigen, «wer arbeitet und für wen». Die Bauernpartei hielt in der Unterstützung Gegenrecht, obwohl sie diesmal ein Wahlbündnis mit dem Freisinn eingegangen war.<sup>128</sup> Weil bei diesen Wahlen für fünf Regierungssitze nur fünf Kandidaten antraten, darf vermutet werden, dass es den anonymen Inserenten – möglicherweise auch einzelne Leute aus dem Polizeikorps – in erster Linie darum ging, dem ungeliebten ehemaligen AZ-Redaktor Georg Leu ein möglichst schlechtes Ergebnis zu bescheren.

## Ein Retter und ein Pressefonds

Die AZ hatte die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, die Krise der 1930er-Jahre und den Zweiten Weltkrieg überstanden. Dass das Schifflein aber nicht einfach mit vollen Segeln unterwegs und in seiner Existenz immer wieder gefährdet war, zeigt die folgende Anekdote, die in der Unionsdruckerei noch Jahrzehnte später erzählt wurde: «Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise trat [Hermann] Huber eines Abends bedrückt den Heimweg an, weil er noch nicht wusste, woher er das Geld für die wöchentlich auszuzahlenden Löhne nehmen sollte. Da begegnete er einer bekannten bürgerlichen Persönlichkeit, die ihn fragte, ob es ihm nicht gut gehe, er sei so fahl im Gesicht. Huber schüttete sein Herz aus und berichtete vom finanziellen Engpass, der ihn nicht schlafen lasse. Darauf antwortete der Fragesteller: <Machen Sie sich keine Sorgen, Herr Huber. Ich lasse Ihnen morgen Geld vorbei bringen. Zahlen Sie es irgendwann zurück, aber sagen Sie niemandem, von wem Sie dieses Geld bekommen haben.› Der Mann hielt Wort und Huber konnte die Löhne bezahlen. Pflichtbewusst wie

---

<sup>128</sup> AZ, 15. 10. 1948; SN, 18. 10. 1948.

29 Dass die AZ Inserate der Coop-Konkurrentin Migros aufnahm, führte zu heftiger Kritik. AZ, 27. 1. 1934.

er war, beglich er die Schuld so bald wie möglich, und niemand erfuhr je, wer ihm aus der Patsche geholfen hatte.»<sup>129</sup>

Ebenfalls in den 1930er-Jahren, Anfang April 1937, beschloss der Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei einen Presgefonds. Dabei zeigte sich, dass die zusätzliche Unterstützung der AZ nicht völlig unumstritten war. Der Antrag des Parteivorstandes, wonach jedes Mitglied verpflichtet werden sollte, «vier-teljährlich einen bescheidenen Beitrag zugunsten des Presgefonds abzuführen», löste eine lange Diskussion aus, obwohl sich alle Diskussionsredner der Einsicht nicht verschlossen, «dass für die <Arbeiterzeitung> etwas mehr getan werden muss als bisher». Der Antrag wurde schliesslich mit 59 gegen zwanzig Stimmen gutgeheissen. Die Neinstimmen könnten allerdings auch daher röhren, dass viele SP-Mitglieder immer noch unter der Krise litten und man diese nicht mit weiteren Beiträgen belasten wollte. Am gleichen Parteitag wurde beanstandet, «dass in der <Arbeiterzeitung> immer noch die Migrosreklame aufgenommen wird». Der Parteitag stimmte der Auffassung zu, dass der Parteivorstand diese Frage in Verbindung mit der Administration der AZ und der Annoncen AG klären sollte.<sup>130</sup> Die Migros war eine Konkurrentin der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Coop, und der neu gegründete Landesring von Gottlieb Duttweiler sprach auch SP-Wähler an.

129 Ott (2007), S. 152.

130 AZ, 5. 4. 1937.